



LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li

Die schönsten Opernarien

Mozart, Offenbach, Verdi, Donizetti, Händel, Mascagni, Delibes und Gounod gab es in Vaduz zu hören. 13

Tina Weirather enttäuscht als 14.

Keine Podest- und keine Top-Ten-Klassierung für Tina Weirather bei der 1. Abfahrt in Lake Louise. 17



Stein Egerta

Neue Veranstaltungen und Kurse stehen 6

Bodenseekonferenz

Liechtenstein übernimmt im Jahr 2017 das Steuer 7

Filmpremiere

«Irgendwie anders...» feiert heute Premiere 9

«Viva la Musica»

OLW-Freundeskreis startet Wettbewerb 15



«CompiSternli»

Junge Experten zeigen den alten Hasen, wie das Tablet funktioniert. 2

Sapperlot

Es ist ein Ort der Stille. Täglich stehen mehrere Besuche an. Zuhause, bei der Arbeit, im Restaurant. Sauber ist es nicht immer und trotzdem hat man keine andere Wahl, als es einfach hinter sich zu bringen. Die Toilette ist ein Ort der Intimität. Ein Ort, an dem einmal durchgeatmet werden kann – ohne, dass einen jemand sieht. Doch diese Ruhe ist schnell vorbei, wenn man so da sitzt, sich die Hand in Richtung Toilettenpapier bewegt und das einzige, was zu spüren ist, ein rauer Karton ist. «Danke, lieber Vorgänger! Wieder bringst du mich zur Verzweiflung!» Vor allem, wenn keine neue Rolle in greifbarer Nähe ist. Das ist ein Problem, mit dem man nicht nur bei der Arbeit oder im Restaurant zu kämpfen hat. Nein, auch Zuhause! Also liebe Vorgänger – bei eurem nächsten Besuch, bei dem ihr das letzte Toilettenpapier aufbraucht, bitte eine neue Rolle parat richten. So kann der Nachfolger während der gesamten Zeit im stillen Örtchen entspannt sein und kommt nicht in unangenehme Situationen!

Magdalena Hilbe

17 Uhr. Was Neues?

Gehen Sie online.



www.vaterland.li

«Sonderregelung mit der EU beibehalten»

Publikation Die Stiftung «Zukunft.li» hat das Thema «Zuwanderung» und das Wachstumspotenzial des Landes unter die Lupe genommen und gibt Empfehlungen ab.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Diese Ergebnisse dürften die Wirtschaft und Politik aufrütteln. Und wenn sie den Empfehlungen der Stiftung «Zukunft.li» folgen, dann wird an der heutigen Regelung der Zuwanderung festgehalten. Ausserdem wird sich die Wirtschaftspolitik auf das Bruttonationaleinkommen (BNE) statt auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausrichten und die Produktivität steigern. Dies, indem das inländische Arbeitspotenzial besser ausgeschöpft wird. Will heissen: Die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf muss erhöht und damit die Erwerbsquote der Frauen gesteigert werden. Ebenso wie die Erwerbsquote der Altersgruppe «50 plus».

Die Stiftung «Zukunft.li» hat das Wachstumspotenzial von Liechtenstein in Abhängigkeit von verschiedenen Niederlassungsszenarien sehr genau er-

uiert und analysiert. Dies, nachdem nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz das Modell «Wohnen in der Schweiz – arbeiten in Liechtenstein» in Gefahr zu geraten schien. Die Aufregung im Land war gross und es gab viele Ungereimtheiten. «Das hat uns dazu veranlasst, uns des Themas anzunehmen. Wir wollten in dieser Diskussion Grundlagen und Fakten liefern», erklärte Peter Eisenhut, Präsident des Stiftungsrates, gestern im Rahmen einer Medienkonferenz in Ruggell. Gemeinsam mit Geschäftsführer Thomas Lorenz zeigte er aber nicht nur die Ergebnisse der Analyse auf, sondern gab auch klare Empfehlungen in Richtung Wirtschaft und Politik ab.

Standortstrategie der Regierung bestätigt

Die Publikation «Knacknuss Wachstum und Zuwanderung» wurde von der Regierung bereits

zur Kenntnis genommen. «Die von der Stiftung «Zukunft.li» präsentierte Studie, die zur Analyse möglicher Veränderungen an der heutigen Personenfreizügigkeitslösung nicht das BIP, sondern vor allem das Bruttonationaleinkommen (BNE) als Messgrösse zu Grunde legt, bringt vor allem im Rahmen einer wirtschaftspolitischen Betrachtung ein paar sehr interessante Resultate, die sicher auch in die politische Diskussion einfließen werden», äussert sich Wirtschaftsminister und Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zwiwelfhofer zu den Ergebnissen. Die liechtensteinische Zuwanderungspolitik umfasse viele Aspekte: Neben der wichtigen migrationspolitischen Komponente, welche in den letzten Jahren an Bedeutung noch zugenommen habe, seien es vor allem auch wirtschaftliche Aspekte. Dabei gebe es einerseits eine betriebswirtschaftliche Sicht der Unternehmen, andererseits eine volkswirt-

schaftliche, wirtschaftspolitische Sicht; diese zwei ökonomischen Sichtweisen seien nicht unbedingt deckungsgleich. «Bereits in der Standortstrategie 2.0, die im Mai dieses Jahres publiziert wurde, ist die Herausforderung durch das begrenzte Potenzial an einheimischen Arbeitskräften beschrieben worden. Dort hat die Regierung unter anderem festgehalten, dass einerseits das inländische Potenzial durch Massnahmen wie familienfreundliche Arbeitsmodelle besser genutzt werden sollte, und andererseits die Arbeitsproduktivität bzw. Wertschöpfung gesteigert werden soll», freut er sich darüber, dass die Standortstrategie der Regierung mit den Resultaten der Studie kongruent ist. Ein besonders spannender Mehrwert der Studie ist für ihn die erstmalige repräsentative Befragung der Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die es in dieser Form bis jetzt noch nicht gegeben hatte. 3

Telecom: «Kein Hackerangriff»

Vaduz Zum dritten Mal seit September kam es gestern Mittag zu einem Netzausfall bei der Telecom Liechtenstein. Wie der Pressesprecher des Unternehmens heute erklärte, konnte ein Angriff von Hackern inzwischen aber ausgeschlossen werden. Direkt nach dem dritten Ausfall in drei Monaten konnte VR-Präsident Markus Willi einen Hackerangriff gestern noch nicht ausschliessen. Inzwischen ist aber klar: Hacker sind nicht dafür verantwortlich, dass es während eines Software-Updates zu einem Ausfall des Festnetzes in ganz Liechtenstein kam. Das bestätigte heute Matthias Bieber, der Pressesprecher der Telecom Liechtenstein. Allerdings konnte Bieber noch keine Auskunft darüber geben, warum es zur neuerlichen Störung bei der Telecom kam. (dws)

Heftige Kritik an Abkommen

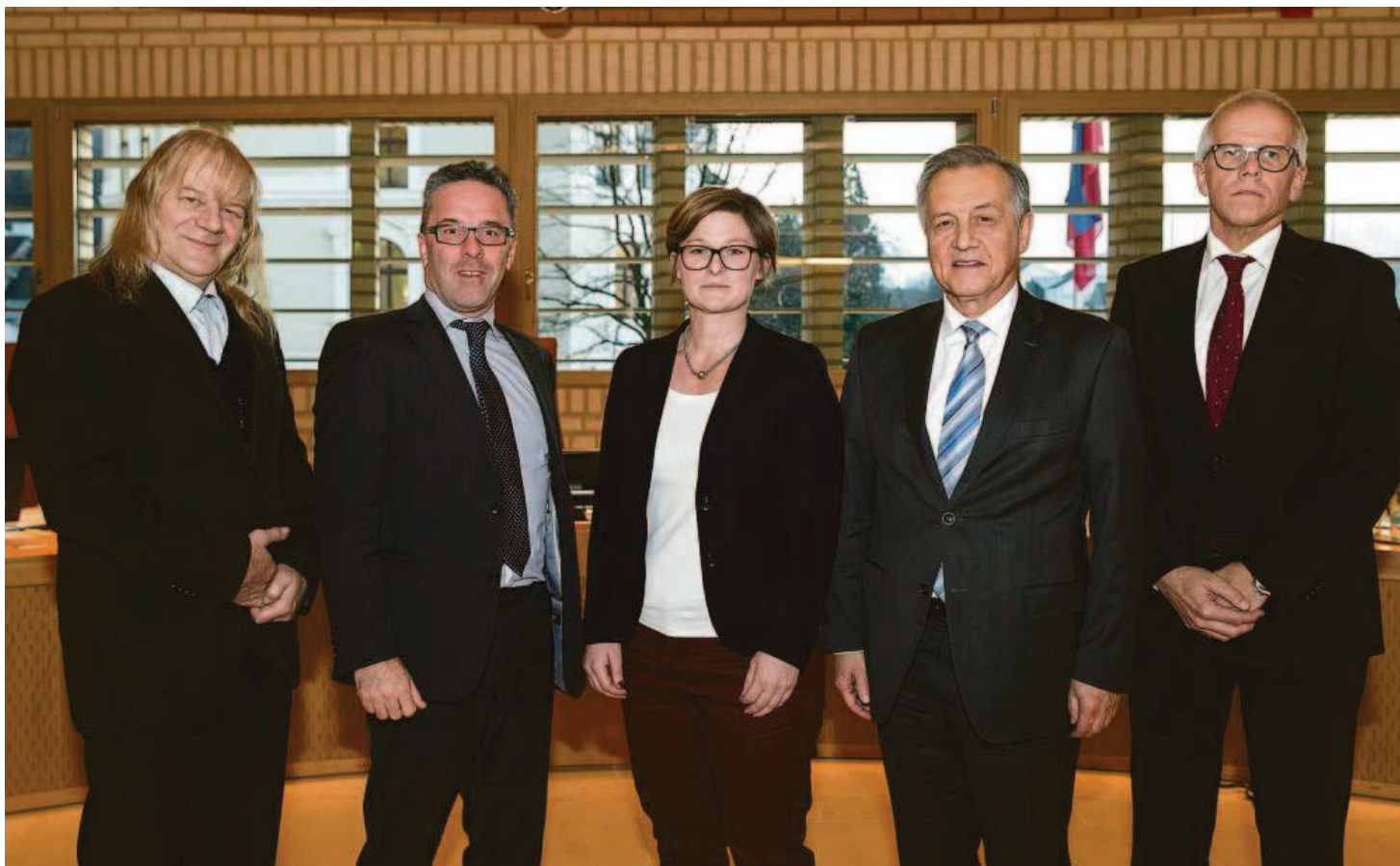
Vaduz/Wien Liechtenstein hat mit Österreich einen bilateralen Vertrag erneuert: das Abgeltungssteuerabkommen. Der Finanzausschuss des österreichischen Parlaments hat den Vertrag bereits abgesegnet. Wie einige Finanzexperten aktuell aber bemängeln, schütze jenes Stiftungen und bewahre Anonymität. Mit dem Abkommen zwischen Liechtenstein und Österreich gelte der von der EU geplante Informationsaustausch für natürliche Personen, FL-Stiftungen seien aber ausgenommen: Ziel des Vertrages sei es, die steuerliche Privatsphäre beizubehalten, sagen Kritiker. Neos-Abgeordneter Rainer Hable sieht darin ein Schlupfloch für anonyme Vermögensstrukturen, «damit diese in Liechtenstein weiter aufrecht erhalten werden können», wie er im Interview gegenüber dem Radiosender «Ö3» erklärte. Katja Gey stellte klar: Die Aussagen seien unzutreffend. (dws)

«Wirtschaft regional»

Die Hoffnung stirbt zuletzt

50 Millionen Franken liegen im Jackpot von Swiss Lotto. Obwohl die Chancen, das Geld zu gewinnen, lediglich bei 0,0000064 Prozent liegen, hoffen viele auf den Gewinn. Bereits am vergangenen Mittwoch spielten 650 000 Schweizer um den Jackpot von über 45 Millionen Franken. Die letzte Rekordsumme von 45 Millionen Franken wurde im August 2014 erreicht. (red) 16

Der Landtag hat Legislaturperiode abgeschlossen



Übergang Regierungschef Adrian Hasler hat gestern im Namen von Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein den Landtag geschlossen. Bis der Landtag wieder eröffnet wird, nimmt der Landesausschuss die Aufgaben des Parlaments wahr. Dafür gewählt wurden: Herbert Elkuch, Wolfgang Marxer, Christine Wohlwend, Albert Frick und Christoph Wenaweser (v. l.). 4/5

Bild: ts

«Die Einzigartigkeit beibehalten»

Wirtschaftswachstum Die Analyse der Stiftung «Zukunft.li» hat gezeigt, dass Liechtenstein nicht nur in Bezug auf die Personenfreizügigkeit ein Sonderfall ist. Auch das BIP ist hierzulande wesentlich höher als das Bruttonationaleinkommen.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Liechtenstein hat die Chancen eines Kleinstaates hervorragend genutzt und ist zu einem der wohlhabendsten Länder geworden. Allein zwischen 1972 und 2007 hat sich das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) mehr als vervierfacht. Doch im Zuge der internationalen Finanzkrise und der damit verbundenen Entwicklungen brach das BIP deutlich ein und hat seither den Wert von 2007 noch nicht wiedererreicht. Die Wachstumsdynamik lässt stark nach. Und: Es findet ein Beschäftigungs- statt ein Produktivitätsboom statt. Diese Entwicklung bereitet Sorge. Was also tun? Welche Optionen bestehen? Und welche Zielkonflikte sind mit den einzelnen Optionen verbunden? Auf diese Fragen liefert die Analyse «Knacknuss Wachstum und Zuwanderung» der Stiftung «Zukunft.li» Antworten.

Vier mögliche Optionen

Die Zahl der Optionen ist überschaubar: Liechtenstein könnte versuchen, das inländische Arbeitskräfte-reservoir besser zu nutzen. Oder das Land könnte darauf setzen, dass sich künftige Zupendler vermehrt in Österreich statt der Schweiz niederlassen werden. Eine dritte Möglichkeit bestünde darin, dass die Kontingente freiwillig erhöht werden. Und viertens: Die Sonderlösung mit der EU könnte aufgegeben und die Personenfreizügigkeit mit der EU eingeführt werden. Um diese Optionen zu prüfen,



Peter Eisenhut (Präsident des Stiftungsrates) und Geschäftsführer Thomas Lorenz (v. l.) informieren über die Ergebnisse der Publikation «Knacknuss Wachstum und Zuwanderung». Bild: Tatjana Schnalzer

wurde das Liechtenstein-Institut beauftragt, eine umfassende Grenzgänger-Befragung durchzuführen. Aufbauend darauf wurde eine Analyse beim Forschungsinstitut «Infras» in Zürich in Auftrag gegeben. Das Fazit der Ergebnisse ist: Rund 45 % der Zupendler würden dazu tendieren, in Liechtenstein Wohnsitz zu nehmen, wenn sie könnten. Inklusiv Familiennachzug würde das zuei-

ner theoretischen Bevölkerungszunahme von 25 000 bis 30 000 Personen führen. Ausserdem resultierte in keinem der untersuchten Öffnungsszenarien eine Erhöhung des BNE pro Kopf. Deshalb ist für die Stiftung «Zukunft.li» klar: Der Preis für den ungehinderten Zugang zum internationalen Arbeitsmarkt ist nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus ökologischer,

finanzpolitischer und gesellschaftlicher Perspektive hoch. «Aufgrund der Erkenntnisse aus Experteninterviews und der daraus folgenden Annahme, dass eine «sanfte» Erweiterung der Sonderlösung nicht zu haben ist, spricht vieles dafür, den eigenen Gestaltungsspielraum über die Begrenzung der Zuwanderung nicht aus der Hand zu geben», fasste Peter Eisenhut die Ergeb-

nisse zusammen. Die Beibehaltung der Einzigartigkeit Liechtensteins biete gute Chancen, dass das BNE pro Kopf in Zukunft wieder steigen werde.

Raumplanung ist nächstes Thema der Stiftung

Um eben dieses Ziel zu erreichen, ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität unerlässlich. Und dafür müsse die Politik die Rahmenbe-

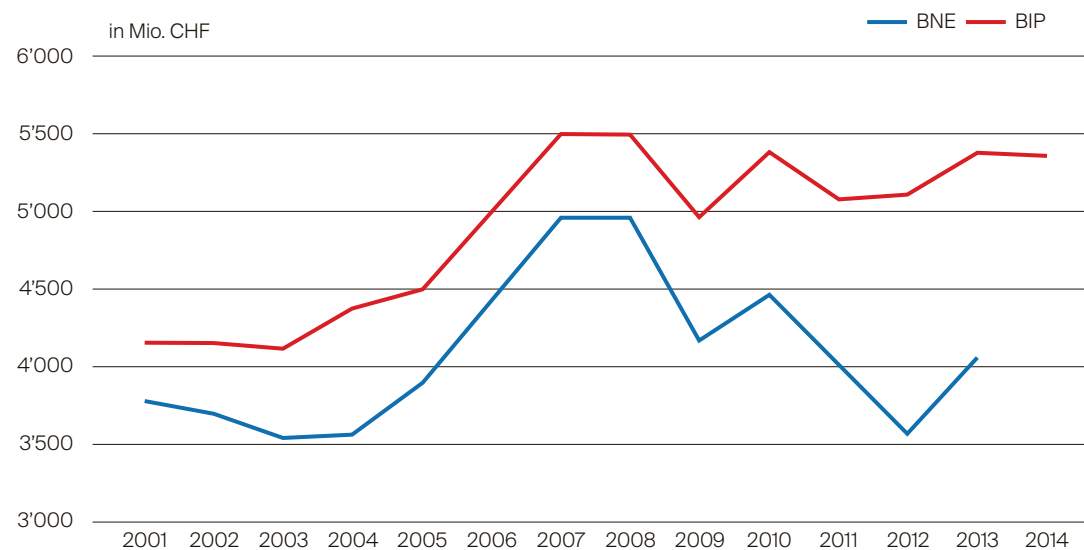
dingungen verbessern – dies vor allem nach dem Einbruch im Bereich der Finanzdienstleistungen. Die Stiftung weist dabei darauf hin, dass die digitale Infrastruktur zu einem zentralen Standortfaktor wird. Der Fokus sei aber ebenso auf die Raumplanung zu legen. «Es gilt, abzuklären, ob die Raumplanung in die Kompetenz der Gemeinden oder des Landes gehört», heisst es im Bericht der Stiftung, die gestern gleich angekündigte, dass sie sich diesem Thema als nächstes vertieft annehmen möchte. Dies, weil sie überzeugt ist, dass ein Konzept über die Raumplanung und Raumentwicklung für die Zukunft Liechtensteins von essenzieller Bedeutung ist.

Um die Produktivität des Landes weiter zu steigern, müsse zudem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöht und damit die Erwerbsquote der Frauen gesteigert werden. Aber auch innovative Arbeitszeitmodelle, individuelle Projektarbeit und Arbeit über das Pensionsalter hinaus müssten ermöglicht werden, um die Erwerbsquote der Altersgruppe «50 Plus» zu steigern.

Die Publikation der Stiftung «Zukunft.li» wird sowohl an Politik und Wirtschaft versendet. Ob diese den Ball aufnehmen, bleibt abzuwarten. «Wir möchten klarstellen, dass dies kein Plädoyer für eine Beschränkung am Arbeitsmarkt ist. Wir wollen einen Diskussionsbeitrag leisten. Fakten und Daten, die bis heute nicht vorlagen, aufzeigen», so Geschäftsführer Thomas Lorenz. Damit will die Stiftung etwas bewegen.

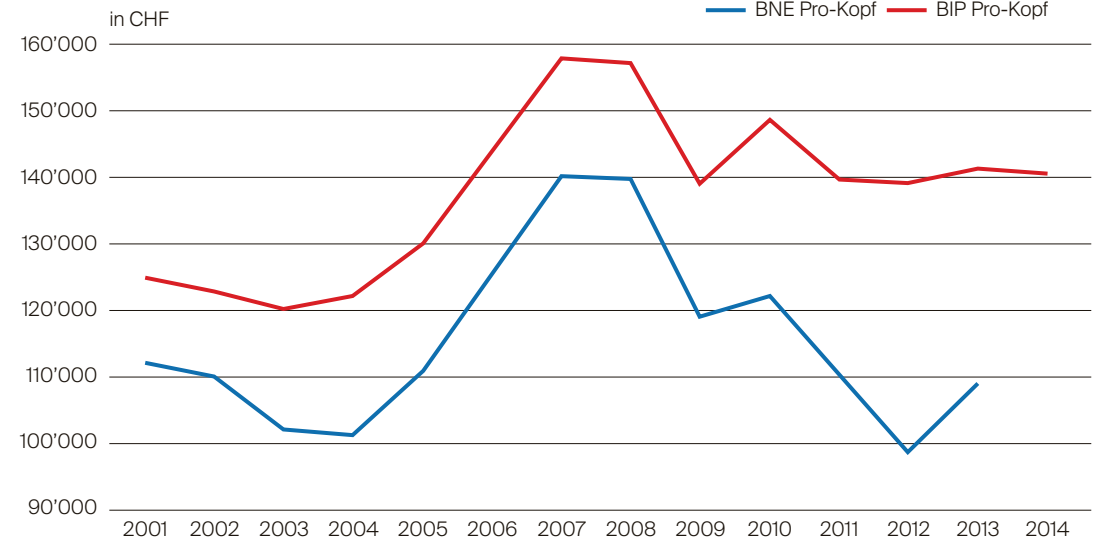
Verlorene Wachstumsdynamik

Seit dem Jahr 2000 sieht sich Liechtenstein mit einer stark nachlassenden Wachstumsdynamik konfrontiert. Dabei ist das wirtschaftliche Wachstum von einem Anstieg der Beschäftigung aufgrund einer steigenden Anzahl an Zupendlern und einer Abnahme der Produktivität geprägt.



Wirtschaftswachstum pro Kopf

Liechtenstein ist auch bei der grossen Differenz zwischen dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) und dem Bruttonationaleinkommen (BNE) ein Sonderfall. Das BIP ist wesentlich höher als das BNE, weil das Einkommen der Grenzgänger im BIP enthalten ist, nicht aber im BNE.



Einkommen der Einwohner pro Kopf entscheidend

BNE Langfristig kann eine Volkswirtschaft entweder durch die Erhöhung der Arbeitsstunden oder aufgrund steigender Produktivität wachsen. «In den letzten Jahren ist die Volkswirtschaft nur aufgrund von mehr Arbeitsstunden gewachsen, die vorwiegend auf eine höhere Anzahl Grenzgänger zu-

rückzuführen war», zeigen die Ergebnisse der Stiftung «Zukunft.li» auf. Liechtenstein habe aufgrund der Zupendler die Produktion gesteigert, die inländische Bevölkerung habe davon allerdings relativ wenig profitiert. «Für den Lebensstandard der Bevölkerung eines Landes sind nämlich die Einkom-

men der Einwohner pro Kopf entscheidend. Die Wachstumspolitik sollte sich deshalb in Zukunft verstärkt auf die Steigerung der Produktivität und der Einkommen der Bevölkerung – dem Bruttonationaleinkommen pro Kopf – ausrichten», empfiehlt die Stiftung. Die Einkommen der Grenzgänger

dienten in erster Linie zur Erhöhung des BIP und des Einkommens in den benachbarten Regionen – nicht aber zur Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der Inländer. «Die Zupendler erhielten 2014 Bruttolöhne von insgesamt ca. 1,5 Mia. Franken ausbezahlt, was 55 Prozent der gesamten Brut-

tolöhne in Liechtenstein entspricht», heisst es im Bericht. Zudem würden gemäss der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Nettoeinkommensabflüsse an die Grenzgänger in den letzten Jahren immer mehr die Nettozuflüsse der Vermögenseinkommen aus dem Ausland übersteigen. (dv)

